

Goethe-Schule

Mit Bedauern nahm die LINKE zur Kenntnis, dass sich die Mehrheit der Stadtverordneten dem Ansinnen verschloss, angesichts der zum Schuljahr 2009/2010 massiv angestiegenen Nachfrage nach Plätzen in Potsdamer Gesamtschulen der Goethe-Schule ihren Status als Gesamtschule zu erhalten und die Möglichkeit zu eröffnen, auch zum kommenden Schuljahr 7. Klassen aufnehmen zu können. Hella Drohla hatte zuvor eindringlich erläutert, dass es zunächst doch nur um eine Prüfung des Problems gehe. Nicht einmal das wollte die Mehrheit zulassen.

Feriengeld für Kinder

Weil das von der Landesregierung zur Verfügung gestellte Feriengeld für Kinder aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften oft nicht in Anspruch genommen wird, weil die Eltern zunächst in Vorleistung

gehen müssen, reichte DIE LINKE einen Antrag ein, der im Bedarfsfall auf entsprechenden Antrag die Vorfinanzierung durch die Stadtverwaltung ermöglichen sollte. Mit dem Hinweis, dass die Stadt dafür nicht zuständig ist, überzeugte die Sozial-Beigeordnete die Stadtverordneten der anderen Fraktionen, den Antrag abzulehnen. DIE LINKE bedauert dies, da dadurch vielen Kindern die Teilnahme an Ferienveranstaltungen versagt bleibt.

Freie Uferwege

Peter Kaminski begründete den Antrag der LINKEN, dass dem OB empfohlen werden solle, zur Förderung des freien Zugangs zu Seen eine Zusammenkunft betroffener Städte und Gemeinden zu organisieren, um Kräfte zu bündeln. Mit dem Verweis darauf, dass man dafür nicht zuständig sei, wurde der Antrag abgelehnt.

Standortsicherung für das Archiv am Fuße des Brauhausberges

Der Antrag der LINKEN, den jetzigen Standort des Archivs planungsrechtlich im noch zu erarbeitenden Bebauungsplan für den Fuß des Brauhausberges festzuschreiben, wurde in den Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen. Hans-Jürgen Scharfenberg warnte davor, noch mehr Zeitverzögerung zuzulassen, schon Anfang des Jahres sollte ein Konzept zur Erhaltung des Archivs vorgelegt werden, das noch immer nicht vorliegt. Seiner Fraktion gehe es auch um die planungsrechtliche Einordnung des Archivs in die Entwicklung des Brauhausbergs.

Zusammenarbeit mit Potsdam-Mittelmark

Die LINKE will erreichen, dass der OB in Gesprächen mit dem Landrat des Nachbarkreises Potsdam-Mittelmark konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit entwickelt. Ob dieser Antrag Mehrheiten findet, beraten nun erst einmal die Ausschüsse.

Einsatz eingesparter Kulturmittel in der Schiffbauergasse

Karin Schröter erläuterte den entsprechenden Antrag der Linksfraktion, Mittel, die geplant, aber nicht ausgegeben wurden, der Schiffbauergasse für Marketing und Management zur Verfügung zu stellen, einschließlich der nicht verbrauchten Personalkosten. Nach der Bemerkung aus den Reihen der SPD-Fraktion, dass das Geld doch wohl dahin gehen solle, wo es wirklich gebraucht werde, wurde der Antrag in die Ausschüsse überwiesen.

Bitte vormerken

Die Abschlussveranstaltung zum Bürgerhaushalt 2010 findet am 14. Januar 2010 von 18 bis 20 Uhr im Stadthaus, Plenarsaal, statt.

„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

16. Jahrgang

13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04. November 2009

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 08/09

Wohnungsbau +++ Schwimmbad +++ Radwege +++ Griebnitzsee

Mit auf den Weg...

Liebe Leserin, lieber Leser,

111 Tagesordnungspunkte, eine immer länger werdende „Konsensliste“ – eine Erfindung der Rathauskoalition, um die Debatte über Anträge in die Ausschüsse zu verlagern - zunehmende Lustlosigkeit des Oberbürgermeisters, in der StVV über aktuelle Probleme der Stadt zu berichten und Berge von Anträgen in den Ausschüssen, die kaum zu bewältigen sind. Das ist ein Fazit nach einem Jahr in der neuen Legislaturperiode der StVV, mit der sich meine Fraktion nicht abfinden will. Transparenz geht mit einer solchen Verfahrensweise, die durch die neue Geschäftsordnung der StVV verursacht wurde, ganz deutlich verloren. Dies



ist scheinbar auch schon den Koalitionsfraktionen aufgefallen und so wurde auf ihren Antrag hin der OB noch einmal ausdrücklich beauftragt, der StVV zu berichten, falls es Probleme bei der Umsetzung von Beschlüssen der StVV gibt. Leider ist ein solcher Antrag mehr als berechtigt. Dennoch haben wir in der Novembersitzung einiges erreicht. Der OB muss die Errichtung einer Stiftung „Freies Ufer am Griebnitzsee“ prüfen, es wird einen Maßnahmenplan zur Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen geben, ebenso neue Radwege. In punkto Lärmschutz an der Nuthestraße bewegt sich etwas und auch im Bereich der Jugendkultur. In Zeiten, in denen sich der OB seinem Lieblingsprojekt – einem Freizeitbad im Bornstedter Feld – ungeachtet des Bürgerwillens – widmet, werden wir weiter darauf drängen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt bei solchen Großprojekten befragt werden. Eine Bürgerkommune ist anders nicht zu errichten.

In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL



Das Alte Rathaus soll saniert werden. Das ist unstrittig. Doch steht die Finanzierung? DIE LINKE bleibt hartnäckig an dem Thema dran und wird sich weiter für die Sanierung des historischen Gebäudes einsetzen. Auch im Interesse des Potsdam-Museums.

Nichts Neues in der Stadt?

Eigentlich wollte der Oberbürgermeister den traditionellen Bericht der Verwaltung unter den Tisch fallen lassen. Doch auf Druck der LINKEN ließ er den Baubeigeordneten vor die Stadtverordneten treten, der zunächst die rechtlichen Grundlagen für die Entscheidung darlegte, warum der Pachtvertrag mit dem Inbisswagenbesitzer auf einer öffentlichen Grünfläche im Schlaatz gekündigt worden war. „Die Sondernutzung ist immer eine Ausnahme, das heißt, sie ist befristet“, begründete Klipp. In mehreren Gesprächen sei dem Betreiber dieses erklärt und Ausweichmöglichkeiten für die Ausübung seines Gewerbes aufgezeigt worden, „es stehen genügend Gewerbeflächen in der Umgebung frei“.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfenberg, fragte nach, ob dem Betreiber vom Oberbürgermeister irgendwelche Zusagen gegeben worden seien, weil dieser das mit einem Porträt des OB im Imbissstand vermittele. Die Gespräche habe Dieter Jetschmanegg geführt, er habe keine Zusagen gemacht, die Alternativen aufgezeigt, aber kein Einvernehmen erreichen können. DIE LINKE wird auch an dieser Problematik dranbleiben. Erstaunt nahmen die LINKEN-Stadtverordneten die Auffassung des Beigeordneten zu den alltäglichen Verkehrsstaus in der Innenstadt zur Kenntnis. Dieser sprach von einer „excellent gelösten Variante“.

Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
16.; 23. und 30. November; 7. und 14. Dezember 2009

14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam (mit Einwohnerfragestunde)
Stadthaus, Plenarsaal
02. Dezember 2009, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“
Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30, Waldstadt II
06. Dezember 2009, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 9/2009
Stadthaus, Raum 3.107
11. bis 16. Dezember 2009 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:		
11. Dezember 2009	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	15:30 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
12. Dezember 2009	10:00 Uhr	REWE-Markt, Zentrum Ost
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz
	10:30 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld

Den Termin der Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL entnehmen Sie bitte der Tagespresse.

Unterschriftensammlung Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“
Listen liegen u. a. aus im Stadthaus, Fraktion DIE LINKE - Raum 3.107; Bürgerbüro Dr. Scharfenberg, Galileistr. 37/39; Kino „Thalia“; Griebnitzsee „das lokal“ und in der Stadtteilkei „Nowawes“.

Da der RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE.LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax: 0331-2893119

Wortmeldung im November



von Gabriele Herzel

Potsdam – Stadt der Bürger, aber welcher ?

Es ist schon erstaunlich, welche verschlungenen Wege Vorhaben für die Zukunft der Landeshauptstadt gehen können. Zum Beispiel im Bereich des Bauens.

Da gibt es nun ein Stadtentwicklungskonzept Wohnen für Potsdam.

Dann gibt es Untersuchungen zum Bau eines neuen Freizeitbades und es gibt die Feststellung, dass in der Landeshauptstadt die Zahl der Hotelbetten recht gut aufgestellt ist. Das sind drei Gebiete, deren Analyse darauf hinausläuft, in Potsdam hat man überwiegend nicht bedacht, dass die Erfordernisse im Interesse aller Bürger dieser Stadt eigentlich andere Weichenstellungen brauchen.

20 Jahre nach dem Mauerfall gibt es in Potsdam so wenig bezahlbare Wohnungen für junge Leute, Geringverdiener und Senioren, dass daraus ein echtes Problem erwächst. Warum? Weil man 20 Jahre lang vor allem die Interessen der Gutsituiernten bedient hat und der Mehrgeschossbau sträflich vernachlässigt wurde.

Auch der Bau von Hotels war auf diese Klientel ausgerichtet, der Bedarf an preiswerten Unterkünften für Touristen, z. B. Pensionen, wurde vernachlässigt. Das neue Bad für alle Potsdamer Bürger, die Schulkinder, Sportler und Besucher der Stadt ist nun das nächste Projekt, das auf Prestige ausgerichtet ist. Der Bürgerwille hat sich in einer Unterschriftensammlung ganz spontan geäußert und präferiert den Standort Brauhausberg. Wunschziel der Stadtoberhäupter ist ein Neubau im Bornstedter Feld.

Es ist uns als Fraktion aber gelungen, einen Beschluss herbeizuführen, der einen Maßnahmenplan zur Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen einfordert. Der Oberbürgermeister muss nun dafür Sorge tragen, dass verbindliche Aussagen gemacht werden zu Standortpotenzialen für den Wohnungsneubau, zur zeitlichen Realisierungsmöglichkeit von Neubauten, zu Möglichkeiten der Verlängerung von Belegungsbindungen und Prüfung und Unterbreitung eines Vorschlages für eine Wohnraumzweckentfremdungsverbotsverordnung.

Wir verweisen in dem Beschluss nachdrücklich darauf, dass die sich verschärfende Situation im Segment des bezahlbaren Wohnraumes ein solches Konzept äußerst dringlich macht. Es bleibt abzuwarten, wie die Stadt sich anbahnende Möglichkeiten einer Wohnungsbauförderung seitens der neuen Landesregierung nutzt bzw. einfordert um dieser Dringlichkeit gerecht werdend zu handeln.

(Die Autorin ist Mitglied des Sozialausschusses der StVV)

Angenommen

Hans-Otto-Theater

Mit einer Änderung des Gesellschaftsvertrages und der Besetzung des Kuratoriums der Hans Otto Theater GmbH entsendet die Stadtverordnetenversammlung sieben Mitglieder in das Kuratorium, für die Fraktion DIE LINKE wurden Dr. Karin Schröter und Juliane Nitsche gewählt.

Stiftung „Freies Ufer am Griebnitzsee“

Auf Antrag der LINKEN beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister mit der Prüfung, wie die vorhandene Bereitschaft der Bevölkerung, sich an der Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken am Griebnitzsee oder an deren Überlassung zugunsten der Öffentlichkeit zu beteiligen, genutzt werden kann. Insbesondere sollen, so heißt es weiter im Beschlusstext, die Voraussetzungen zur Gründung einer Stiftung und/oder der Einrichtung eines Spendenkontos o. ä. geprüft werden. Das Prüfergebnis mit einer Empfehlung zur weiteren Vorgehensweise muss der OB im Februar 2010 vorlegen.

Wohnungsbauförderung

Weil die Stadt einen erheblichen Bedarf an neuen Wohnungen, vor allem an preiswerten Wohnungen hat und diesen nicht aus eigener Kraft absichern kann, brauche man die Unterstützung durch die Wohnungsbauförderung des Landes, die gegenwärtig nur auf den Abriss ausgerichtet ist. Dazu soll nach dem Antrag der LINKEN die Landesregierung aufgefordert werden, die Wohnungsbauförderung diesen Bedingungen anzupassen. Die Landeshauptstadt bemühe sich ihrerseits, dies zu unterstützen. Dazu gehöre aber auch, so die Forderung der LINKEN, „dass künftig keine Mittel mehr aus den städtischen Wohnungsunternehmen in den Stadthaushalt abgeführt werden“. Genau diesen letzten Absatz hat der Hauptausschuss gestrichen, und so beschlossen die Abgeordneten lediglich den Appell an die Landesregierung, ohne Konsequenzen für die städtischen Wohnungsunternehmen zu ziehen.

Stadtentwicklungskonzept umsetzen

DIE LINKE wollte erreichen, dass bis März 2010 das Stadtentwicklungskonzept Wohnen für die Landeshauptstadt

Potsdam mit einem Umsetzungskonzept umgesetzt wird, in dem unter anderem Standortpotenziale aufgenommen werden sollen, konkrete Wohnungsbaustandorte ausgewiesen und eine Verordnung zur Wohnraumzweckentfremdung beschlossen werden soll. Die Mehrheit der StVV wollte zwar kein „Umsetzungskonzept“, sondern einen entsprechenden „Maßnahmenplan“, der soll jedoch die Forderungen der LINKEN umfassen. Kommentar von Hans-Jürgen Scharfenberg: „Egal wie das Konstrukt heißt, Hauptsache das Stadtentwicklungskonzept wird umgesetzt“.

Radweg

DIE LINKE hatte ein Problem auf die Tagesordnung gesetzt, dessen Lösungsnotwendigkeit allgemeine Zustimmung erfuhr: ein Fahrradweg am Neuen Garten „abseits der dicht befahrenen Straße am Neuen Garten“. Die Verwaltung hatte die Varianten geprüft: Die Stiftung „Preußische Schlösser und Gärten“ habe einen Fahrradweg über das Gelände des Neuen Gartens abgelehnt, ein Weg entlang des Heiligen Sees erfordere einen Neubau, es bleibe die Variante, das Gelände vor dem Treffpunkt Freizeit zu nutzen. Es gebe die Möglichkeit, einen kombinierten Rad-Fußweg zu bauen und einen Radfahrstreifen auf der Fahrbahn. Nachdrücklich wurde auch von anderen Abgeordneten ein straßenunabhängiger Fahrradweg gefordert, der nun auch realisiert werden soll.

Lärmschutz

Auf Antrag der LINKEN wurde der OB beauftragt, in Gesprächen mit der Landesregierung darauf zu drängen, dass geeignete Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohner der Nutheschneelstraße geplant und durchgeführt werden. Dazu sind Vor-Ort-Gespräche mit Vertretern des Landes, der Stadt und den Anwohnern zu führen. Im Januar 2010 muss der OB den Bauausschuss über das Ergebnis informieren.

✓ Erledigt

Unter der Voraussetzung, dass die Verwaltung die Prioritäten bei notwendigen Straßenbausanierungsmaßnahmen tatsächlich erarbeitet, sah die Fraktion DIE LINKE ihren entsprechenden Antrag als erledigt an.

⌚ DIE LINKE-Stadtverordnete fragten –die Verwaltung antwortete

Potsdam Kalender

DIE Linke griff einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auf, der bereits für das Jahr 2004 einen umfassenden „Potsdam Kalender“ vorsah, der anstehende Jubiläen, Gedenktage sowie Höhepunkte im Bereich von Kultur, Wissenschaft und Sport enthalten sollte. Den gebe es bis heute nicht.

Der Oberbürgermeister verwies auf die Veröffentlichungen zu den jeweiligen Themenjahren und den Veranstaltungskalender, der in Kooperation mit der MAZ im Internet abrufbar ist. Ein weiterer Kalender über Jahres- und Gedenktage sei allerdings nur über das Intranet abrufbar. Damit sei allerdings der Sinn, Veranstaltungen Planungssicherheit zu geben und Parallelveranstaltungen zu vermeiden, nicht erreicht, erneuerte **Sigrid Müller, DIE LINKE**, die Aufforderung.

Columbarium

Einen Vertrag mit der Pro Potsdam über die Zukunft des „Columbariums“ am Haus des Reisens solle geschlossen werden, damit die Kunstwerke vor dem Abriss des Gebäudes einen neuen Standort erhalten. Die Verhandlungen mit der Pro Potsdam, die im Zusammenhang mit der Sanierung der Bibliothek stünden, seien so weit gediehen, dass der Vertrag noch vor Ablauf dieses Jahres unterschrieben werden könne, gab die Kulturbeigeordnete Auskunft auf die Frage von **Karin Schröter**.

Sanierung Altes Rathaus

Über die Förderfähigkeit des so genannten „Verbinders“ am Alten Rathaus gibt es weiterhin keine Auskunft der Denkmalbehörde. Somit würden die Teilprojekte anders geordnet. Ein Fertigstellungstermin 2012 ist mit einem Fragezeichen versehen, beantwortete der Baubeigeordnete die Frage von **Karin Schröter**.

Stadtteilbüro Potsdam West

Wie der Stand der Realisierung dieser Anlaufstelle für die Bürger in Potsdam West ist, wollte **Karin Schröter** wissen. Eine Stadtteilkonferenz am 17. Januar 2009 habe ergeben, dass die Einwohner

eher die Vernetzung bestehender Einrichtungen und Vereine wünschen als ein Zentrum. Dazu werde ein Verein als Träger gesucht, der mit etwa 45.000 EURO im nächsten Jahr gefördert werden könnte. Was allerdings bedeute, dass aus dem Gesamtfonds für die ehrenamtliche Tätigkeit alle anderen Vereine weniger bekommen.

Bauvorhaben Humboldtbrücke

Die Frage vom **Ralf Jäkel** nach einer Optimierbarkeit des Bauvorhabens im 2. Bauabschnitt verneinte der Beigeordnete. Das Bauvorhaben sei im höchsten Grade optimiert, um den Verkehr überhaupt aufrecht zu erhalten, so dass er keine Reserven sehe.

Familie Grün

Auf die Frage von **Karin Schröter, DIE LINKE**, wie die Stadt die Wiederherstellung der „Familie Grün“, der Keramik-

⊘ Abgelehnt

Förderfähigkeit

Die Fraktion DIE LINKE hatte beantragt, die Förderrichtlinie des Fachbereiches Wirtschaftsförderung Potsdam dahingehend zu verändern, dass bildende Künstlerinnen und Künstler als förderfähig eingestuft werden können. Im Finanzausschuss war der Beschlussvorschlag geändert und lediglich auf die Kreativwirtschaft ausgedehnt worden, das Budget sei ohnehin zu gering. Diese Änderung wurde schließlich mit den Gegenstimmen der Linksfraktion angenommen.

Fachhochschulkarree

DIE LINKE steht auf dem Standpunkt, dass die weitere Gestaltung der Potsdamer Mitte im städtebaulichen Zusammenwirken von Altem und Neuem erfolgen sollte. Dazu brachte sie einen Antrag ein, einen Architektenwettbewerb für die Gestaltung des Karres Fachhochschule/Staudenhof auszuschreiben, um der Gefahr zuvor zu kommen, dass rund 200 Wohnungen abgerissen werden. Nach den Appellen des Oberbürgermeisters an die Stadtverordneten, dass eine Ablehnung des Antrages nicht gleich bedeute, dass nun die 200 Wohnungen

Figurengruppe in der Brandenburger Straße, die durch Vandalismus teilweise zerstört worden war, unterstützt wird, konnte die Stadt bereits Vollzug melden. Die Wiederherstellung der zerstörten Figur durch die Künstlerin war mit 3000 € finanziert worden, teilte Kulturbeigeordnete mit. Eine weitere Sicherung der Figurengruppe vor fahrlässig verursachten Schäden (Einparken) durch stabile Glaswände sei vorgesehen.

Durchgangsverkehr Alter Markt

Ralf Jäkel, DIE LINKE, hatte die Bedenken der Anwohner des Alten Marktes aufgenommen, dass auch nach dem Bau der Humboldtstraße dort keine Durchgangsstraße entsteht. Der zuständige Beigeordnete konnte ihn beruhigen, dass mit derzeitigem Planungsstand Durchgangsverkehr ausgeschlossen wird, lediglich „Quell- und Zielverkehr“ sei vorgesehen, um für das Areal eine hohe Aufenthaltsqualität zu erreichen.

abgerissen werden, denn es gebe „keine akute Bestandsgefährdung“, wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Der Baubeigeordnete hatte ebenfalls zuvor bestätigt, dass es keine Entscheidungsnotwendigkeit gebe. „Die historische Mitte wird Schritt für Schritt entwickelt.“ Die Fachhochschule gehe erst 2013 aus dem Gebäude, „Vorratsabbruch wird es nicht geben.“ Er lud zur Diskussion über das Thema 2013/14 ein. Dennoch wird die LINKE an dem Thema dranbleiben, denn die betroffenen Mieter fürchten weiter um ihre noch bezahlbaren Wohnungen.

Karl-Liebknecht-Stadion

Gescheitert ist die Linksfraktion auch mit ihrem Antrag, dass der OB dafür sorgen solle, dass im Fall der Nichtaus-schöpfung der für die Sanierung des „Karli“ vorgesehenen Mittel anfallende Restgelder aus dem vorgesehenen Eigenanteil der Stadt für den Bau neuer Sportflächen im Zusammenhang mit dem Karli eingesetzt werden. Uwe Gunold hatte mit Verweis auf das wachsende Interesse am Breitensport darauf verwiesen, dass in der Stadt weitere Sportflächen und –stätten benötigt werden.